

Kundgebung für

„Abrüstung und neue Entspannungspolitik“

am 5. Dezember 2020 um 11 Uhr

am Rüttenscheider Stern



„Verteidigungshaushalt“ soll erneut steigen

In der Woche beginnend mit dem 7.12.2020 soll der Bundeshaushalt für 2021 verabschiedet werden. Der „Verteidigungshaushalt“ soll erneut um 2,6% steigen, 50 Milliarden Euro für Rüstung drohen!

...gefährlichsten Epoche

Die weltweiten Spannungen, die Klimakatastrophe und die Hochrüstung veranlassten die kritischen Nuklearwissenschaftler/innen zur Warnung, derzufolge sich die Menschheit im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts 100 Sekunden vor Mitternacht in der gefährlichsten Epoche ihrer Existenz befindet. Die Nukleartechnik wird auch nach Worten von Nato-Generälen immer ausgefeilter und damit für den Krieg immer gebrauchsfähiger.

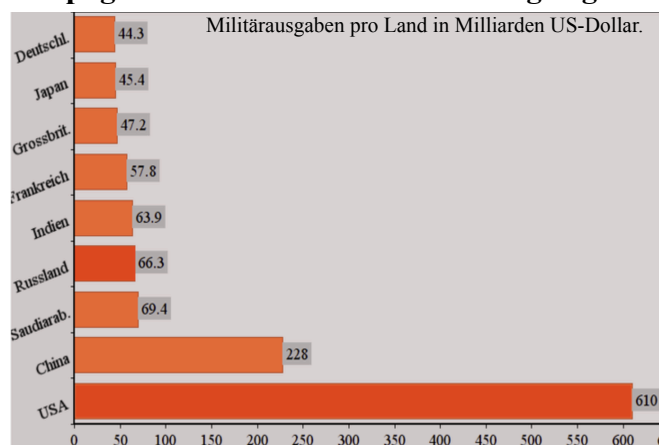
Erhöhung kein Muss

Die Propaganda der Militärs täuscht die Öffentlichkeit etwa mit der Fehlinformation, alle Nato-Staaten hätten sich auf dem NATO-Gipfel in Wales 2014 darauf festgelegt, zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für den Militärssektor auszugeben. Diese Zahl ist nichts anderes als eine politische Willensbekundung und keine jemals beschlossene bindende Verpflichtung. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD befürwortet leider diese Willensbekundung und will die Rüstungsausgaben für Deutschland bis **2024 auf 85 Milliarden Euro pro Jahr** (2 % Bruttoinlandsprodukt – BIP) erhöhen.

Gelder fehlen im sozialen Bereich

Mit 5,3 Milliarden Euro, für das Mehrzweck-Kampfschiff MKS 180 könnten über die nächsten fünf Jahre insgesamt über 250.000 Wohnungen im **sozialen Wohnungsbau** finanziert werden. Mit den 8 Milliarden Euro für Rüstungsanschaffungen, könnten die Städte und Gemeinden über 37.000 **Pflegekräfte** zusätzlich für 5 Jahre nach Tariflohn bezahlen. Mit 4,38 Milliarden Euro könnte die Große Koalition schnell, kostengünstig und ökologisch **Kitas** für 146.000 Kinder bauen oder die allein im Jahr 2017 in Deutschland geschlossenen 175 öffentlichen **Schwimmbäder** wieder eröffnen und 263 neue errichten. Mit einem Bruchteil des Geldes könnte allen Erstklässlern ein **beitragsfreies Jahr in einem Sportverein** ihrer Wahl finanziert werden, inklusive eventuell notwendiger Sportkleidung.

Propaganda der Militärs - Bedrohungslüge ?



Einher damit geht die immer wiederkehrende Behauptung: die Sicherheit und der äußere Friede sei bedroht. Dabei geht es ihnen in Wirklichkeit um Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen und der Beseitigung von Konkurrenten. Bereits seit den 1990er Jahren ist ein Abrücken von reiner Landesverteidigung und eine kontinuierliche Militarisation der deutschen Außenpolitik zu verzeichnen. In den verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 hiess es: „...Aufrechterhaltung...des ungehinderten Zugangs zu ... den Rohstoffen in der Welt“ ist zu verfolgen. Auf diesem Hintergrund ist die Ausdehnung der NATO bis an die Grenzen von Russland und das Ungleichgewicht der Rüstungsausgaben der NATO-Staaten im Vergleich zu Russland zu verstehen. Wer muss sich da eigentlich durch wen bedroht fühlen ?

Wir brauchen eine Friedenspolitik

Unsere Welt ist auf Gegenseitigkeit angewiesen. Wir brauchen eine Friedenspolitik der Verständigung statt einer immer weiteren Eskalation der weltweiten Spannungen. Der Weg in die Zukunft führt über zivile Antworten, bei uns, in Europa und weltweit. Wir wollen, dass das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert des nachhaltigen Friedens und dauerhafter Abrüstung wird und nicht ein Jahrhundert neuer Gewalt. Die Entscheidungen dafür sind heute ein MUSS. Verantwortung übernehmen heißt: Abrüsten statt aufrüsten.

Der Weg zum Frieden führt nicht über Krieg, er führt über eine Politik der Verständigung .

**Wir rufen zur Kundgebung für „Abrüstung und neue Entspannungspolitik“ auf
Am 5. Dezember 2020 um 11 Uhr in Essen am Rüttenscheider Stern
im Rahmen des bundesweiten Aktionstages**